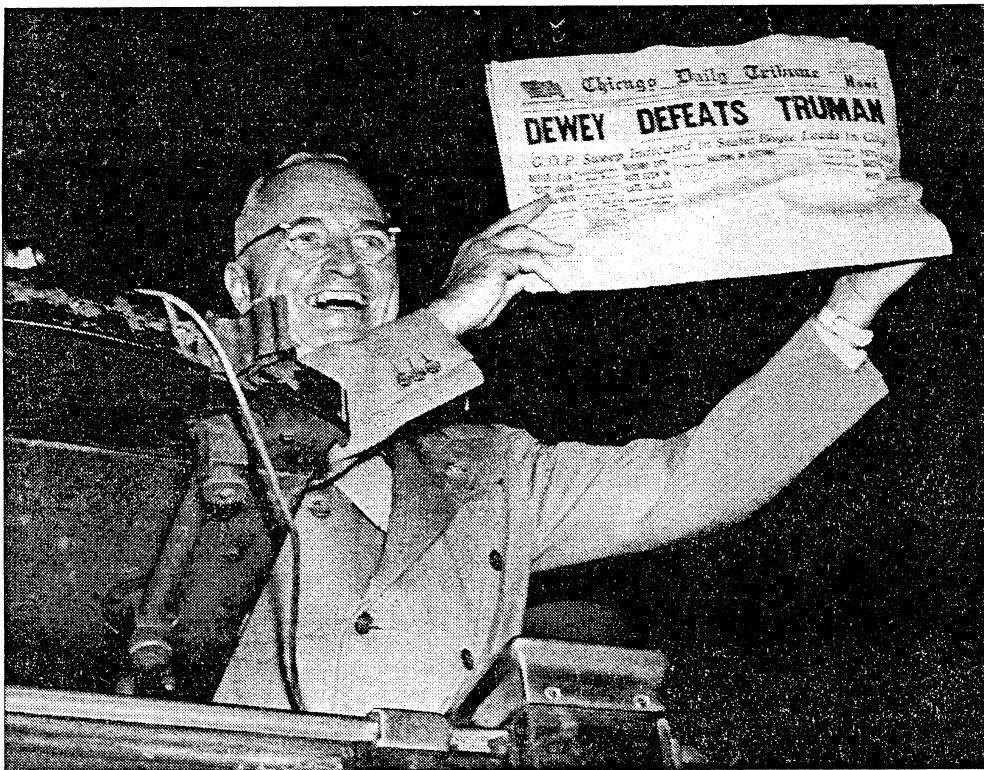




Die wohl berühmteste Fehlprognose vor einer Wahl – und das berühmteste Bild dazu – war die Voraussage, dass bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1948 der Herausforderer Dewey den Amtsinhaber Truman schlagen werde. Der dennoch gewählte Harry S. Truman zeigt triumphierend die auf eine Hochrechnung gestützte Falschmeldung der «Chicago Daily Tribune» vom Wahltag. (Archivbild Reuters)

Meinungsklima und Volksabstimmungen

Von der Schwierigkeit präziser Abstimmungsprognosen

Erst seit einigen Jahren ist es in der Schweiz üblich geworden, vor kontroversen Volksabstimmungen Meinungsumfragen durchzuführen und Abstimmungsprognosen zu stellen. Vergleicht man die Umfrage- mit den Abstimmungsergebnissen, so stösst man auf Differenzen, die weit über die statistische Fehlerspanne hinausgehen – so bei den Urnengängen über den EWR-Beitritt und die Blauhelmvorlage. Neuestes Beispiel aus dem Ausland ist der Ausgang der österreichischen Nationalratswahlen vom Wochenende, in denen entgegen den Prognosen der Meinungsforscher die grössere der beiden Koalitionsparteien, die SPÖ, am meisten Wähler verlor.

Die «Schweigespirale»

Umfragen vor der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 oder vor der Abstimmung über die Blauhelmtruppen vom 12. Juni 1994 hatten jeweils relative Ja-Mehrheiten für die Vorlagen und einen hohen Anteil an Unentschiedenen ergeben. Beide Vorlagen wurden aber abgelehnt, der EWR knapp mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen (Deutschschweiz 56,4 Prozent), die Blauhelmtruppen mit 57,3 Prozent. Wie lässt sich – korrekte Durchführung der Umfragen vorausgesetzt – erklären, dass eine beträchtliche Zahl der Befragten offenbar «falsche» Angaben zum beabsichtigten Stimmverhalten und zur Beteiligung am Urnengang macht oder sich darüber ausschweigt? Ein Erklärungsansatz bietet das Konzept der «Schweigespirale»: Befragte mit einer eher negativen Einstellung zu den Abstimmungsvorlagen verspüren einen diffusen sozialen Druck, der sie veranlasst, ihre eigentliche Überzeugung nicht der Öffentlichkeit preiszugeben. Dieser Druck wird durch die sogenannte *öffentliche Meinung* ausgeübt. Von der öffentlichen Meinung zu unterscheiden ist das *Meinungsklima*, womit ganz allgemein die Grundstimmung der Bevölkerung in einem Politikbereich bezeichnet wird.

Im folgenden soll auf die Fragen, welchen Einfluss öffentliche Meinung und Meinungsklima auf Umfrage- und Abstimmungsergebnisse haben können, etwas näher eingegangen und auch erörtert werden, welche Möglichkeiten es gibt, um unter Berücksichtigung des Meinungsklimas zu besseren Abstimmungsprognosen zu gelangen. Bei meinen Überlegungen stütze ich mich unter anderem auf Erkenntnisse, die wesentlich von Elisabeth Noelle-Neumann erarbeitet worden sind.

Die öffentliche Meinung

Elisabeth Noelle-Neumann, Gründerin und Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, ist Pionierin in der Erforschung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Die öffentliche Meinung, schreibt sie, «ist eine gewaltige soziale wie politische Macht», welche soziale Kontrolle ausübt. Von Elisabeth Noelle-Neumann stammt auch die Hypothese der «Schweigespirale»: Die Individuen fürchten soziale Isolation. Sie versuchen unablässig, die öffentliche Meinung zu einem kontroversen Thema einzuschätzen. Um sich in der Öffentlichkeit – jener Sphäre, in der man von allen gesehen und beurteilt wird – nicht zu isolieren, orientieren sie sich in ihrem Verhalten und in ihren Äusserungen an der öffentlichen (und veröffentlichten) Meinung. Wer sich im Einklang mit der öffentlichen Meinung wähnt, ist eher rede- und handlungsbereit. Wer glaubt, sich im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung zu befinden, verfällt in Schweigen. Durch das Schweigen entsteht erst recht der Eindruck, die der Mehrheitsmeinung entgegenstehende Meinung werde nur von einer schwindend kleinen Minderheit vertreten, was wiederum zur Folge hat, dass noch weniger Anhänger der an Kraft

lichen Meinung spielt der *Medientenor* eine wichtige Rolle: die in den Medien, vor allem den Meinungsführermedien, eingenommenen Positionen zu einem kontroversen Gegenstand. Redebereit ist derjenige, dem die Medien Argumentationshilfe verschaffen, der die Autorität des Medientenors hinter sich fühlt. Darüber hinaus wird die öffentliche Meinung gestützt auf die in der eigenen sozialen Umgebung aufgenommenen Meinungen eingeschätzt.

Einfluss auf das Antwortverhalten

Welche Wirkungen hat nun die öffentliche Meinung auf das Antwortverhalten bei Meinungsumfragen und auf das Abstimmungs- und Wahl-

Fiktives Beispiel einer Gewichtung

1. Schritt. Frage: «Werden Sie die Blauhelmvorlage befürworten oder ablehnen?» Ergebnis: 48% Ja.
2. Schritt. Frage: «Haben Sie am 6. Dezember 1992 die EWR-Vorlage befürwortet oder abgelehnt?» Ergebnis 56% Ja.
3. Schritt. Vergleich des Ergebnisses zur Recall-Frage mit dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis. Tatsächlich: 49,7% Ja.
4. Schritt. Berechnung des Gewichtungsfaktors: Tatsächliches Abstimmungsergebnis dividiert durch Recall-Ergebnis, also $49,7 : 56 = 0,89$.
5. Schritt. Gewichtung des Umfrageergebnisses zur Blauhelmvorlage: Ergebnis mal Gewichtungsfaktor, also $48\% \times 0,89 = 42,7\%$ Ja. Dies ist die Abstimmungsprognose.

verhalten? Bei Umfragen ist die eigene Meinung – anders als bei Wahlen und Abstimmungen – nicht geheim: sie wird dem Interviewer mitgeteilt und in den Fragebogen eingetragen. Wenn die eigene Meinung im Widerspruch zur öffentlichen Meinung steht und die Schweigespirale sich zu drehen beginnt, dann dürfte sie beim Antwortverhalten eher wirksam sein als beim Abstimmungsverhalten. Eventuell wird ein Interview überhaupt verweigert, was die Repräsentativität der Befragung schmälert. Auch bei den Befragten wird eine Minderheit jener, die nicht in Übereinstimmung mit der perzipierten öffentlichen Meinung sind deklarieren, unentschlossen zu sein bzw. gar in Harmonie mit der öffentlichen Meinung. Wirkungen auf (geheime) Wahlen und Abstimmungen sind aber ebenfalls möglich. Bekannt ist das Phänomen des «*last-minute swing*»: Unentschlossen schlagen sich in letzter Minute auf die Seite der mutmasslichen Mehrheit, um zu den Siegern zu gehören.

Für die Abstimmungen über den EWR und die *Blauhelm-Vorlage* würde ich die Hypothese formulieren, dass in beiden Meinungsbildungsprozessen in der Deutschschweiz das Phänomen der Schweigespirale aufgetreten ist. Es handelte sich um Gegenstände, zu welchen keine festgefügte Meinungen bestanden. In beiden Fällen war die

meinskämpfe fielen jedoch in ein Meinungsklima, das für die aussenpolitische Öffnung und die Unterstützung der Regierung nicht günstig war. In beiden Fällen ergaben Meinungsumfragen vor der Abstimmung relative Ja-Mehrheiten für die Vorlage und eine grosse Anzahl Unentschlüssener. 10 Tage vor der Abstimmung über die Blauhelm-Vorlage lautete das Ergebnis einer Meinungsumfrage: 45,6 Prozent Ja, 34,8 Prozent Nein, 9,6 Prozent waren unentschlüsselt. Die Vox-Analyse ergab, dass (nach der Abstimmung) 48 Prozent der Befragten deklarierten, sie hätten mit Ja gestimmt (tatsächlich waren es 42,7).

Die Wirkung des Meinungsklimas lässt sich in Deutschland deutlich nachweisen, wenn man die sogenannte *Recall-Frage* stellt: «Welche Partei haben Sie bei den vergangenen Bundestagswahlen gewählt?» Die Umfrageergebnisse zeigen, dass jene Parteien, die in einem «Meinungsklimahoch» liegen, besser abschneiden, als dies bei den letzten Wahlen tatsächlich der Fall war. Dies traf zum Beispiel in den vergangenen Jahren für das Bündnis 90/Die Grünen in Westdeutschland ausnahmslos zu, wie Abb. 1 veranschaulicht. Das tatsächliche Wahlergebnis lag bei 4,8 Prozent, aber stets deklarierten mehr als 7,5 Prozent der Befragten, grün gewählt zu haben.

Gewichtung der Umfrageergebnisse

Um eine Wahlprognose zu erstellen, genügt es daher nicht, allein auf die Rohdaten von Umfragen abzustellen. Man muss die Daten unter Berücksichtigung des Meinungsklimas «gewichten». Als das Institut für Demoskopie in Allensbach vor mehr als zwei Jahrzehnten damit begonnen hatte, wurde es der Manipulation bezichtigt. Mittlerweile gewichten in Deutschland alle seriösen Institute.

Wegen *institutioneller Unterschiede* – Kantone als Wahlkreise, Parteienzersplitterung, Möglichkeit des Panaschierens, tiefe Wahlbeteiligung – ist es in der Schweiz viel schwieriger, Wahlprognosen zu erstellen, und auch die Möglichkeiten des Gewichtens sind begrenzt. Im folgenden soll das Augenmerk deshalb auf *Sachabstimmungen* gelegt werden.

Könnten – unter Berücksichtigung des Meinungsklimas und der öffentlichen Meinung – die Ausgänge von Volksabstimmungen zu kontroversen Gegenständen besser vorhergesagt werden? Wegen der gewöhnlich tiefen Stimmbeteiligung und der Unmöglichkeit, Recall-Fragen zum gleichen Gegenstand zu stellen, wird auch eine gewichtete Abstimmungsprognose in der Schweiz weit weniger präzise sein als eine gewichtete Wahlprognose in Deutschland. Aber wahrscheinlich präziser als eine ungewichtete Prognose. Ein Versuch hätte ungefähr wie folgt auszusehen: Zunächst sind bei Umfragen, neben der eigentlichen Abstimmungsfrage, auch sogenannte Meinungsklimafragen zu stellen. Neben der Recall-Frage gehört dazu die Frage: «Wissen kann das natürlich niemand, aber wie wird Ihrer Meinung nach die Abstimmung ausgehen?» Dann sind die «Rohdaten» entsprechend dem erhobenen Meinungsklima zu gewichten. Dies könnte in Anlehnung an die Gewichtung bei Wahlen geschehen, indem man eine «Erinnerungsfrage» zu einer Abstimmung über einen *ähnlichen Gegenstand* stellt. Voraussetzung ist, dass vor nicht allzu langer Zeit eine Abstimmung über einen solchen Gegenstand stattgefunden hat. Als Indikator für die Ähnlichkeit der Abstimmungsgegenstände könnte man die Abstimmungsparolen der Parteien und Verbände heranziehen: eine ähnliche Konstellation von Abstimmungsparolen deutet auf das Vorhandensein ähnlicher Konfliktlinien hin. Bei der Prognose zur Blauhelm-Vorlage beispielsweise hätte sich die Frage, wie man beim EWR bzw. beim Uno-Beitritt gestimmt hatte, geeignet.

Für die Anwendung dieser Gewichtungsmethode können nur die Daten jener Befragten verwendet werden, die deklarieren, sich bereits entschieden zu haben, die an der kommenden Abstimmung teilnehmen werden und die auch an der Abstimmung teilgenommen haben, zu der die Recall-Frage gestellt wird. Ein Problem ist, dass die Zahl derjenigen, die angeben, sich an Abstimmungen beteiligt zu haben, gewöhnlich weit höher ist als die tatsächliche Stimmbeteiligung. So

Bürgerliche Parteien für schärferen Sparauftrag

Notfalls eine Initiative

Bern, 10. Okt. (sda) Die bürgerlichen Parteien wollen den Sparauftrag in der Bundesverfassung gemeinsam schärfer formulieren: Artikel 42^{bis} Defizitabbau soll nach dem Willen von *CVP, SVP* und *Liberale*n ergänzt werden. Falls könne eine Initiative lanciert werden, teils die Parteien am Montag mit.

Nachdem die eidgenössischen Räte in Herbstsession bereits eine *Ausgabenbremse* in die Verfassung verankert haben, soll nun auch ein Sparauftrag «konkretisiert» werden. Bisher bloss festgelegt, dass der Bilanzfehlbetrag des Bundes abzutragen und dabei auf die Lage der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen sei. Zunächst der rasche parlamentarische Weg beschritten, sagte FDP-Sprecherin Anna-Marie Kappeler auf Anfrage. Notfalls wäre eine Volksinitiative zusammen mit den Wirtschaftsorganisationen denkbar.

Die Gespräche über die Vorgehensweise sind noch im Gang, sagte Frau Kappeler. Bereits gereicht wurde indessen eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Gerold Bührer (Schaffhausen), der zwei neue Absätze vorschlägt. Absatz 2: «Das Wachstum der Ausgaben darf das geschätzte mittelfristige Wachstum des Bruttoinlandprodukts nicht übersteigen. Der Bund beantragt nötigenfalls der Bundesversammlung die erforderlichen Sparmassnahmen.» Und Absatz 3: «Bei einem real rückläufigen Bruttoinlandprodukt kann von Absatz 2 abgewichen werden».

haben gemäss den Erhebungen der Vox-Analyse 64 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung vom 12. Juni 1994 teilgenommen; tatsächlich waren es nur 46 Prozent. Es gibt also erhebliche Restriktionen, so dass man, wie erwartet, nicht erwarten darf, mit der Gewichtung an der Recall-Frage zu einem ähnlichen Abstimmungsgegenstand die gleich guten Prognose zu erzielen wie bei Wahlen mit einer Recall-Frage zur gleichen Partei.

Erfassung der Unentschlüssenen

In einem zusätzlichen Verfahren muss versucht werden, die *Unentschlüssenen* den beiden Lagern zuzuordnen. Dies kann mit verschiedenen Methoden geschehen. Über die Frage nach dem Abstimmungsverhalten hinaus werden die Befragten zu positiven und negativen Aussagen zu den betreffenden Abstimmungsvorlagen konfrontiert. Das Antwortverhalten der Gruppe der Unentschlüssenen zu diesen Fragen wird danach verglichen mit dem Antwortverhalten der Gruppe der Entschlossenen. Auf diese Weise lässt sich das Lager der Unentschlüssenen auf das Ja-Nein-Stimmen-Lager aufteilen. Werden auch Angaben zu positiven und negativen Aussagen verweigert, so kann die Zuordnung auf Grund der Zugehörigkeit zu bestimmten soziodemographischen Schichten erfolgen (Segmentationsanalyse). Man vergleicht die Schichtzugehörigkeit und das Antwortverhalten mit den Daten von Befragten, welche sich entschlossen zeigen.

Das Erstellen von genauen Wahl- und Abstimmungsprognosen ist in der Schweiz wegen der institutionellen Rahmens und der tiefen Partizipation weitaus *schwieriger* als in Deutschland. Ergebnisse von Meinungsumfragen im Vorfeld von Abstimmungen sind deshalb mit Vorsicht zu werten. Ob die Konzepte des Meinungsklimas und der Schweigespirale zu Verbesserungen tragen können, muss empirisch getestet werden. Auf jeden Fall sollte bei Prognosen von der *voraussichtlich Stimmenden* ausgegangen werden, nicht von der Zahl der befragten Stimmberechtigten. Es muss also nach der Absicht gefragt werden, an der Abstimmung teilzunehmen und dann nachgefragt werden: «Sind Sie sicher?» Ferner sind Verfahren zu entwickeln, die anzuwenden, mit denen die gewöhnlich sehr hohe Zahl von Unentschlüssenen einem Lager zugeordnet werden kann.